

Schröder, Christoph

**Article**

## Personalzusatzkosten in der deutschen Wirtschaft

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

**Provided in Cooperation with:**

German Economic Institute (IW), Cologne

*Suggested Citation:* Schröder, Christoph (2001) : Personalzusatzkosten in der deutschen Wirtschaft, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 28, Iss. 2, pp. 75-86, <https://doi.org/10.2373/1864-810X.01-02-05>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/156800>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## DOKUMENTATION

### PERSONALZUSATZKOSTEN IN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

*Die Personalzusatzkosten im Produzierenden Gewerbe Westdeutschlands betragen 2000 je Arbeitnehmer und Jahr gerechnet 42.060 DM. Das sind 81,3 Prozent des Direktentgelts, also kaum weniger als jene 82 Prozent, die im bisherigen Rekordjahr 1996 registriert worden sind. In der ostdeutschen Industrie liegen die Zusatzkosten mit 24.650 DM um gut 40 Prozent unter dem westdeutschen Niveau. Allerdings sind sie dort seit 1992 mit 49 Prozent doppelt so stark angestiegen wie im Westen (25 Prozent). Am aktuellen Rand des Beobachtungszeitraums hat sich der ostdeutsche Aufholprozess jedoch merklich verlangsamt. In Ostdeutschland beträgt die Zusatzkostenquote 68,2 Prozent. Ihr Abstand zum westdeutschen Niveau hat sich seit 1992 kaum verringert. Das liegt zum Teil auch an dem für Ostdeutschland typischen mittelstandsorientierten Strukturwandel. Denn die Zusatzkostenbelastung ist in Großunternehmen höher als im Mittelstand. Die Personalzusatzkostenquote westdeutscher Dienstleister beträgt 81 Prozent, ist demnach ebenso hoch wie im Produzierenden Gewerbe. Die einzelnen Dienstleistungssparten streuen aber sehr um diesen Durchschnitt. Am höchsten ist die Quote mit 102,6 Prozent im Bankgewerbe, am niedrigsten mit 69,4 Prozent im Großhandel.*

*iw-trends*

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln berechnet alljährlich auf Grundlage der amtlichen Statistik die Personalzusatzkosten. Bis 1984 hat das Statistische Bundesamt die Arbeitskosten im dreijährigen Rhythmus erhoben, seitdem geschieht dies nur alle vier Jahre. Die jetzt vorliegende amtliche Erhebung deckt statistisch die Entwicklung bis 1996 ab. In dieser Dokumentation werden die amtlichen Ergebnisse bis zum Jahr 2000 fortgeschrieben. Hierzu werden zahlreiche Hilfsstatistiken genutzt, unter anderem die laufenden Verdiensterhebungen, die Beitragssätze und Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung, die Sozialberichte der Bundesregierung, die jährliche Auswertung der Tarifverträge durch das Bundesministerium für

*Datenlage*

Arbeit und Sozialordnung sowie die Krankenstandstatistiken, vornehmlich die der Betriebskrankenkassen. Ergänzend werden Informationen über die Zahl der Beschäftigten und Auszubildenden sowie über den Weiterbildungsaufwand der Unternehmen genutzt und die Personalzusatzkostenberechnungen einzelner Verbände und Betriebe vergleichend ausgewertet.

#### *Gliederungskonzepte*

Die gesamten Personalkosten werden in der amtlichen Statistik in das Entgelt für geleistete Arbeit (Direktentgelt) und in die Personalzusatzkosten aufgeteilt. Die Personalzusatzkostenquote setzt die Personalzusatzkosten zum Direktentgelt in Beziehung. In der rechnerischen Größe "Entgelt für geleistete Arbeit" wird lediglich die Zeit berücksichtigt, die der Arbeitnehmer an seinem Arbeitsplatz tätig ist. Bei den Arbeitern ergibt sich das Entgelt für geleistete Arbeit durch Multiplikation der geleisteten Arbeitsstunden mit dem Bruttostundenlohn. Bei den Angestellten werden vom Bruttojahresverdienst die Sonderzahlungen (Gratifikationen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen) und das Entgelt für arbeitsfreie Tage (Urlaub, Krankheit, gesetzliche Feiertage usw.) abgezogen. Der verbleibende Betrag gilt als Entgelt für geleistete Arbeit.

Das Statistische Bundesamt gliedert die Personalzusatzkosten in:

- (1) Entgelt für arbeitsfreie Tage,
- (2) Sonderzahlungen,
- (3) Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen,
- (4) sonstige Personalzusatzkosten.

Dabei sind die Positionen 1 und 2 Bestandteile der Bruttolöhne und -gehälter. Deshalb dürfen die in dieser Dokumentation ermittelten Personalzusatzkostenquoten nicht auf den Jahresverdienst aufgeschlagen werden. Die Positionen 3 und 4 bilden die Differenz zwischen Bruttolöhnen und -gehältern einerseits sowie den gesamten Personalkosten andererseits. Die Übersicht zeigt das Konstruktionsschema der Personalkostenstatistik. 1996 machten die ersten beiden Positionen im westdeutschen Produzierenden Gewerbe 39 Prozent des Direktentgelts aus und waren damit fast so bedeutend wie die beiden letztgenannten Zusatzkosten-Rubriken (43 Prozent).

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln unterteilt die Personalzusatzkosten in gesetzliche Komponenten sowie in tarifliche und betriebliche. Ein

gesonderter Ausweis der freiwilligen Leistungen scheidet an der statistischen Datenlage.

Übersicht:

### Struktur der Personalkosten

<b>Entgelt für geleistete Arbeit</b>	
+ Entgelt für arbeitsfreie Tage (Feiertage, Urlaub, Krankheit)	(1)
+ Sonderzahlungen (13. Monatsgehalt, Erfolgsbeteiligungen, Urlaubsgeld, Vermögenswirksame Leistungen)	(2)
<b>= Bruttolohn/-gehalt</b>	
+ Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen (Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, betriebliche Altersversorgung)	(3)
+ Sonstige Personalzusatzkosten	(4)
<b>= Personalkosten insgesamt</b>	

Diese Gliederung ist nicht ganz trennscharf. Beispielsweise werden die gesamten Urlaubsvergütungen der amtlichen Systematik entsprechend als tarifliche Zusatzkosten eingeordnet, obwohl ein Mindesturlaub von vier Wochen vom Gesetzgeber festgeschrieben worden ist. Insofern handelt es sich hierbei eigentlich um eine gesetzlich vorgegebene Zusatzkostenkomponente mit tarifvertraglich vereinbarten Erweiterungen.

Wie in den vergangenen Jahren wird mit einer – gegenüber der letzten amtlichen Erhebung aus dem Jahr 1996 – konstanten Zahl von Feiertagen gerechnet. Anderenfalls würde die Entwicklung der Personalzusatzkosten von zufälligen Kalendereinflüssen verzerrt. Denn variable Feiertage können die Personalzusatzkosten erheblich beeinflussen. So gab es im Jahr 2000 trotz Schalttag nach Berechnungen des IAB in Westdeutschland drei und in Ostdeutschland sogar vier potenzielle Arbeitstage weniger als 1999. Ohne Ausschaltung der Kalendereffekte läge die Zusatzkostenquote im vergangenen Jahr um bis zu 2 Prozentpunkte höher als 1999.

Die Personalzusatzkosten im Produzierenden Gewerbe Westdeutschlands haben 2000 mit über 42.000 DM je vollbeschäftigten Arbeitnehmer einen neuen Höchststand erreicht. Von 1972 bis 2000 sind sie mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von 6,0 Prozent deutlich rascher gestiegen

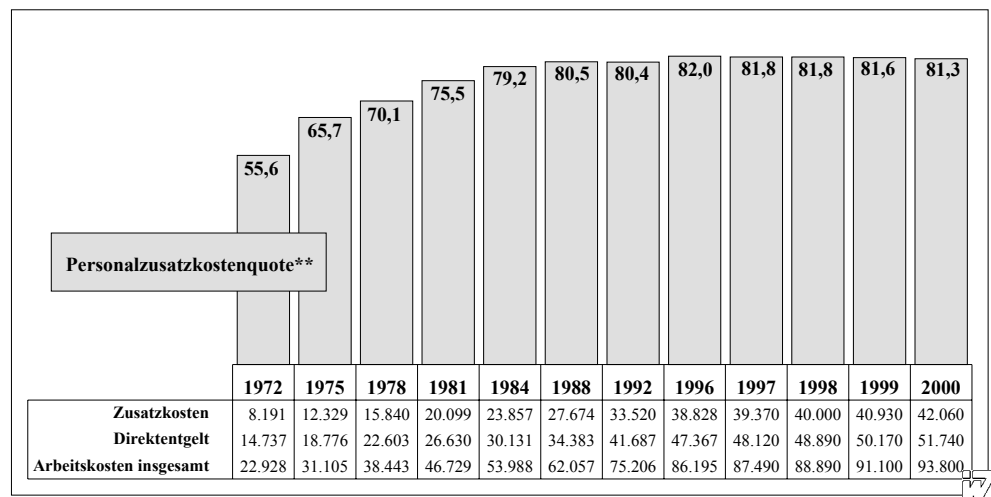
*Neuer Höchststand*

als das Direktentgelt mit 4,6 Prozent (Schaubild 1). Die Personalzusatzkostenquote stieg in dieser Zeit um 26 Prozentpunkte an und erreichte zuletzt 81,3 Prozent. Dieser Zuwachs fiel aber fast vollständig in die 70er- und die erste Hälfte der 80er-Jahre. Seit Ende der 80er-Jahre nimmt die Quote nur noch mäßig zu. 1996 wurde mit 82 Prozent ein vorläufiger Rekord erreicht, seitdem ist eine leicht sinkende Tendenz festzustellen.

Schaubild 1:

## Personalzusatzkosten und Zusatzkostenquoten im Produzierenden Gewerbe Westdeutschlands\*

- DM je vollbeschäftigten Arbeitnehmer und Jahr -



\* Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten.

\*\* In Prozent des Direktentgelts.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

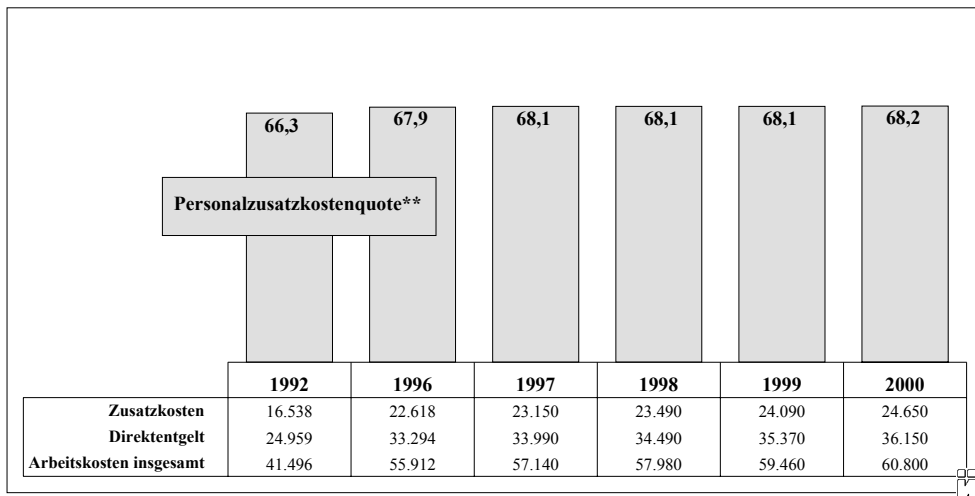
Im Produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands lagen die Personalkosten 2000 mit 60.800 DM pro Arbeitnehmer um 33.000 DM unter dem westdeutschen Niveau (Schaubild 2). Der absolute Abstand ist damit in etwa so hoch wie 1992. Die relative Betrachtung macht jedoch den ostdeutschen Aufholprozess sichtbar. So betragen die Personalkosten in den neuen Bundesländern 1992 lediglich 55 Prozent des Westniveaus, im Jahr 2000 dagegen 65 Prozent. Dahinter steht die insgesamt deutlich höhere Arbeitskostendynamik Ostdeutschlands. Von 1992 bis 2000 sind dort die Personalkosten im Jahresdurchschnitt um 4,9 Prozent gestiegen, im Westen waren es lediglich 2,8 Prozent. Die ostdeutsche Anstiegsdynamik hat sich allerdings im Laufe der 90er-Jahre deutlich abgeflacht. Dadurch wurde der Angleichungsprozess zwischen Ost- und Westdeutschland langsamer und ist

zuletzt völlig zum Stillstand gekommen: Im vergangenen Jahr sind die ostdeutschen Arbeitskosten mit 2,3 Prozent sogar etwas langsamer als im Westen (3,0 Prozent) angestiegen.

Schaubild 2:

## Personalzusatzkosten und Zusatzkostenquoten im Produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands\*

- DM je vollbeschäftigten Arbeitnehmer und Jahr -



\* Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten.

\*\* In Prozent des Direktentgelts.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Ebenso wie im Westen stiegen auch die ostdeutschen Zusatzkosten seit 1992 mit jahresdurchschnittlich 5,1 Prozent etwas schneller als das Direktentgelt (4,7 Prozent). Die Personalzusatzkostenquote der ostdeutschen Wirtschaft erhöhte sich folglich um 1,9 Prozentpunkte auf 68,2 Prozent. Seit 1997 verharrt sie nahezu auf diesem Niveau und stieg im Jahr 2000 lediglich um 0,1 Prozentpunkte an. Der Abstand zur westdeutschen Zusatzkostenquote hat sich seit 1992 daher nur wenig, nämlich von 14,1 auf 13,1 Prozentpunkte, verringert.

*Zusatzkosten steigen rascher*

Das Gefälle zwischen ost- und westdeutschen Zusatzkosten schließt sich somit nur langsam. Das ist auch auf den Strukturwandel in Ostdeutschland zurückzuführen. Denn dort haben sich die Beschäftigungsanteile deutlich zugunsten der kleinen und mittelgroßen Betriebe verschoben. Deren Zusatzkostenquoten sind jedoch deutlich niedriger als die der Großbetriebe. Überdies dämpfen in Ostdeutschland auch die rückläufigen Entlassungsentschädigungen die Zusatzkostendynamik. Dieser Effekt ist bei den sonstigen Zu-

satzkosten nachzulesen. Deren Quote ging in Ostdeutschland zwischen 1992 und 2000 von 13,4 auf 9,0 Prozent zurück und liegt damit nur noch um knapp 1 Prozentpunkt über Westniveau (Tabelle 1). Bei den gesetzlichen Zusatzkostenpositionen waren die Ost-West-Unterschiede von jeher nur gering. Bei den tariflich und betrieblich geregelten Komponenten Urlaubsvergütung, Sonderzahlungen und betriebliche Altersversorgung sind sie aber immer noch beträchtlich.

Tabelle 1:

### Personalzusatzkosten im Produzierenden Gewerbe<sup>1)</sup>

- in Prozent des Entgelts für geleistete Arbeit -

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1992	1996	1999	2000	1992	1996	1999	2000
Gesetzliche Personalzusatzkosten	35,4	37,7	37,9	37,4	34,6	37,7	38,2	37,8
Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber <sup>2)</sup> (einschl. Unfallversicherung)	25,4	28,1	28,8	28,5	26,2	28,3	29,1	28,7
Bezahlte Feiertage <sup>3)</sup>	4,5	5,0	5,0	5,0	3,7	4,6	4,6	4,6
Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	5,1	4,2	3,7	3,5	3,9	3,7	3,4	3,4
Sonstige gesetzliche Personalzusatzkosten <sup>4)</sup>	0,4	0,4	0,4	0,4	0,8	1,1	1,1	1,1
Tarifliche und betriebliche Personalzusatzkosten	45,0	44,3	43,7	43,9	31,7	30,2	29,9	30,4
Urlaub einschl. Urlaubsgeld	19,3	18,8	18,6	18,6	13,6	15,6	15,4	15,4
Sonderzahlungen (Gratifikationen, 13. Monatsgehalt)	9,2	8,8	8,3	8,3	3,9	4,0	3,8	4,0
Betriebliche Altersversorgung	7,4	7,7	7,7	7,7	0,7	1,2	1,5	1,7
Vermögensbildung	1,3	1,1	1,1	1,1	0,1	0,3	0,3	0,3
Sonstige Personalzusatzkosten	7,8	7,9	8,0	8,2	13,4	9,1	8,9	9,0
Insgesamt	80,4	82,0	81,6	81,3	66,3	67,9	68,1	68,2

1) Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten.

2) Dieser Prozentsatz weicht von den in der betrieblichen Praxis verwendeten Beitragssätzen in der Sozialversicherung ab, da hier das Entgelt für geleistete Arbeit die Basis bildet. Das Entgelt für geleistete Arbeit entspricht dem um die Personalzusatzkosten-Bestandteile verminderten Bruttogehalt.

3) Aus methodischen Gründen wurde seit der letzten amtlichen Erhebung im Jahr 1996 mit einer konstanten Zahl von Feiertagen gerechnet.

4) Nach Mutterschutz- und Schwerbehindertengesetz sowie Umlage für das Insolvenzausfallgeld.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab 1999 Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Auch im vergangenen Jahr gab es bei den Einzelkomponenten sowohl im Westen wie im Osten nur geringfügige Verschiebungen, die sich in ihrer Wirkung teilweise ausgeglichen haben (Tabelle 1):

- Am stärksten fielen die gesenkten Sozialversicherungsbeiträge ins Gewicht. Im Westen machte das 0,3 Prozentpunkte und im Osten – wegen der hier leicht verringerten Beiträge für die Krankenversicherung und der leicht zurückgeführten Beitragsbemessungsgrenze – 0,4 Prozentpunkte aus. Dies ist im Wesentlichen auf den ab 1. Januar 2000 von 19,5 auf 19,3 Prozent gesenkten Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung zurückzuführen. Da im ersten Quartal 1999 noch ein Beitragssatz von 20,3 Prozent galt, lag er im Durchschnitt des Jahres 2000 um 0,4 Prozentpunkte unter Vorjahresniveau. In den alten Bundesländern ging zudem der Krankenstand um 0,2 Prozentpunkte zurück.
- Die sonstigen Zusatzkosten haben sich leicht erhöht. Hierfür ist vor allem der Trend zu höheren Aus- und Weiterbildungsaufwendungen verantwortlich. Die in vielen Branchen ausgehandelten Tarifverträge zur Altersteilzeit dürften dagegen im Jahr 2000 noch keine wesentlichen Kosteneffekte gehabt haben. In Ostdeutschland ist darüber hinaus ein Trend zu höheren Aufwendungen bei Sonderzahlungen und bei der betrieblichen Altersvorsorge (jeweils + 0,2 Prozentpunkte) erkennbar.

Seit 1978 informiert das Statistische Bundesamt auch über Arbeitskosten im Dienstleistungssektor. Die aktuellsten Daten der amtlichen Statistik decken wiederum das Jahr 1996 ab. Sie wurden mit einem ähnlichen Ansatz, wie er für die Industrie benutzt wurde, bis 2000 fortgeschrieben. Mangels ausreichender Informationen ist dies jedoch nur für Westdeutschland möglich.

*Zusatzkosten der  
Dienstleister*

Dort waren im Jahr 2000 die Personalkosten im Versicherungsgewerbe (117.320 DM je Arbeitnehmer und Jahr) und im Kreditgewerbe (112.110 DM) wiederum erheblich höher als im Produzierenden Gewerbe (93.800 DM). In den beiden Handelssparten lagen sie deutlich darunter (Tabelle 2). Dabei fiel die Arbeitskostendynamik im Zeitraum 1992/2000 mit jahresdurchschnittlichen Zuwächsen zwischen 2,6 Prozent (Versicherungsgewerbe) und 2,9 Prozent (Einzelhandel) ähnlich hoch aus wie im Produzierenden Gewerbe (Zuwachs 2,8 Prozent).



Tabelle 2:

### Personalkosten im westdeutschen Dienstleistungssektor

- DM je vollbeschäftigten Arbeitnehmer und Jahr-

	1992	1996	1999	2000
Einzelhandel <sup>1)</sup>	53.494	62.176	65.480	67.010
Großhandel	69.568	78.575	84.230	86.480
Kreditgewerbe	89.737	103.726	109.750	112.110
Versicherungsgewerbe	95.385	108.547	114.430	117.320
Nachrichtlich: Produzierendes Gewerbe	75.206	86.195	91.100	93.800
darunter: Personalzusatzkosten				
Einzelhandel	21.339	25.620	26.920	27.520
Großhandel	27.710	32.225	34.480	35.430
Kreditgewerbe	44.425	52.717	55.610	56.780
Versicherungsgewerbe	46.240	54.984	57.840	59.300
Nachrichtlich: Produzierendes Gewerbe	33.520	38.828	40.930	42.060

1) Ab 1996 einschließlich Reparatur von Gebrauchsgütern.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab 1999 Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Bezogen auf das Entgelt für geleistete Arbeit betragen die Zusatzkosten des Dienstleistungssektors 2000 knapp 81 Prozent. Damit war die Quote fast genauso hoch wie im Produzierenden Gewerbe. Allerdings streuen die einzelnen Branchenwerte stark um diesen Durchschnitt, nämlich von 102,6 Prozent im Kreditgewerbe, das ebenso wie das Versicherungsgewerbe (102,2 Prozent) bereits höhere Zusatzkosten verzeichnet als das Direktentgelt, bis hin zu 69,4 Prozent im Großhandel (Tabelle 3). Wie im Produzierenden Gewerbe sind auch im Banken- und Versicherungssektor die tariflichen und betrieblichen Zusatzkosten bedeutsamer als die gesetzlichen. Im Handel sind beide Kostengruppen in etwa gleichgewichtig.

In den erfassten Dienstleistungsbereichen blieb die Personalzusatzkostenquote 2000 gegenüber dem Vorjahr praktisch konstant (- 0,1 Prozentpunkte im Einzelhandel und im Kreditgewerbe, + 0,1 Prozentpunkte im Großhandel, unverändert im Versicherungsgewerbe). Die im Vergleich zum Produzierenden Gewerbe (- 0,3 Prozentpunkte) etwas ungünstigere Entwicklung ist hauptsächlich auf den bei den Dienstleistern leicht gestiegenen Krankenstand zurückzuführen. Im Großhandel wurden zudem die Beiträge zur

betrieblichen Altersvorsorge tarifvertraglich um 312 DM pro Jahr und Beschäftigten aufgestockt.

Tabelle 3:

### Personalzusatzkosten im westdeutschen Dienstleistungssektor<sup>1)</sup>

- in Prozent des Entgelts für geleistete Arbeit -

	Großhandel		Einzelhandel		Kreditgewerbe		Versicherungsgewerbe	
	1992	2000	1992	2000 <sup>5)</sup>	1992	2000	1992	2000
Gesetzl. Personalzusatzkosten	31,4	34,1	33,0	35,5	33,5	35,8	32,7	36,4
Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber <sup>2)</sup> (einschl. Unfallversicherung)	22,8	26,0	24,0	27,2	24,2	27,2	23,1	27,1
Bezahlte Feiertage <sup>3)</sup>	4,4	5,0	4,2	4,7	4,6	5,2	4,8	5,2
Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	3,9	2,7	4,4	3,1	4,2	2,9	4,5	3,5
Sonstige gesetzliche Personalzusatzkosten <sup>4)</sup>	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,3	0,6
Tarifliche und betriebliche Personalzusatzkosten	34,8	35,3	33,4	34,2	64,5	66,8	61,4	65,8
Urlaub einschl. Urlaubsgeld	16,2	15,9	17,1	17,5	15,1	15,2	19,1	20,2
Sonderzahlungen (Gratifikationen, 13. Monatsgehalt usw.)	8,7	8,2	7,8	7,9	19,2	20,2	15,2	14,4
Betriebl. Altersversorgung	3,5	4,1	2,1	2,1	14,7	16,4	15,2	17,2
Vermögensbildung	1,1	0,9	0,8	0,7	2,0	1,9	1,5	1,7
Sonstige Personalzusatzkosten	5,3	6,2	5,6	6,0	13,5	13,1	10,4	12,3
Insgesamt	66,2	69,4	66,4	69,7	98,0	102,6	94,1	102,2

1) Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten.

2) In Prozent des Entgelts für geleistete Arbeit. Das Entgelt für geleistete Arbeit ist der/das um die Sonderzahlungen und um das Entgelt für arbeitsfreie Tage verminderte Bruttolohn/-gehalt.

3) Aus methodischen Gründen wurde seit der letzten amtlichen Erhebung im Jahr 1996 mit einer konstanten Zahl von Feiertagen gerechnet.

4) Nach Mutterschutz- und Schwerbehindertengesetz sowie Umlage für das Insolvenzausfallgeld.

5) Einschließlich Reparatur von Gebrauchsgütern.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab 2000 Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Für das Jahr 2001 ist vor allem der Rückgang der Sozialversicherungsbeiträge sicher zu kalkulieren (Tabelle 4):

*Ausblick 2001*

- Zum 1. Januar 2001 sank der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung von 19,3 auf 19,1 Prozent. In den neuen Bundesländern kommt

hinzu, dass der Beitragssatz der Krankenversicherung zu Jahresbeginn um gut 0,1 Prozentpunkte niedriger war als im Jahresdurchschnitt 2000. Diese Faktoren drücken die Personalzusatzkostenquote im Westen um gut 0,1 Prozentpunkte und im Osten um reichlich 0,2 Prozentpunkte.

- Die Beitragsbemessungsgrenzen wurden in diesem Jahr in den alten Bundesländern wiederum nur leicht um 1,2 Prozent angehoben. Dies hat auf die Zusatzkostenquote keinen messbaren Einfluss gehabt. Demnach werden die Höchstbeiträge zu den Sozialversicherungen mit rund 3.220 DM nur um 20 DM höher liegen als 2000. In den neuen Bundesländern werden dagegen die Bemessungsgrenzen in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung um 2,8 Prozent angehoben. Drastisch, nämlich um mehr als 20 Prozent, steigt dort die Bemessungsgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung. Sie erreicht damit Westniveau. Die Höchstbeiträge in der Sozialversicherung steigen dadurch um über 200 DM an. Die ostdeutsche Zusatzkostenquote steigt damit um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte.

Tabelle 4:

### Beiträge in der Sozialversicherung

Westdeutschland									
	Bemessungsgrenzen			Beitragssätze			Höchstbeiträge		
	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001
	DM/Monat			in Prozent			DM/Monat		
Rentenversicherung	8.500	8.600	8.700	19,7 <sup>1)</sup>	19,3	19,1	1.674,50 <sup>1)</sup>	1.659,80	1.661,70
Arbeitslosenversicherung	8.500	8.600	8.700	6,5	6,5	6,5	552,50	559,00	565,50
Krankenversicherung	6.375	6.450	6.525	13,5	13,5	13,5 <sup>2)</sup>	860,60	870,75	880,90 <sup>2)</sup>
Pflegeversicherung	6.375	6.450	6.525	1,7	1,7	1,7	108,40	109,65	110,90
Insgesamt				41,4	41,0	40,8	3.196,00	3.199,20	3.219,00
Ostdeutschland									
Rentenversicherung	7.200	7.100	7.300	19,7 <sup>1)</sup>	19,3	19,1	1.418,40 <sup>1)</sup>	1.370,30	1.394,30
Arbeitslosenversicherung	7.200	7.100	7.300	6,5	6,5	6,5	468,00	461,50	474,50
Krankenversicherung	5.400	5.325	6.525	13,9	13,8	13,7 <sup>2)</sup>	750,60	734,90	893,90 <sup>2)</sup>
Pflegeversicherung	5.400	5.325	6.525	1,7	1,7	1,7	91,80	90,50	110,90
Insgesamt				41,8	41,3	41,0	2.728,80	2.657,20	2.873,60

1) Jahresdurchschnitt.

2) Jahresanfang.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Soweit es die gesetzlich vorgegebenen Komponenten betrifft, wird demnach die Zusatzkostenquote im Westen wie im Osten durch Beitragsänderungen in der Sozialversicherung um etwa 0,1 Prozentpunkte sinken. Das ist deutlich weniger als in den beiden vorausgegangenen Jahren.

Bei den tariflichen und betrieblichen Komponenten der Personalzusatzkosten zeichnet sich dagegen bereits jetzt ein Anstieg ab, der den leichten Rückgang infolge gesetzlicher Vorgaben überkompensieren dürfte. Die Abschlüsse in der Tarifrunde 2000 hatten meist eine Laufzeit von knapp zwei Jahren. Sie prägen somit auch das Jahr 2001. Die Abschlüsse enthalten auch Vereinbarungen zur Altersteilzeit und zur tariflichen Altersvorsorge. Die Altersvorsorge wird überwiegend erst in diesem Jahr wirksam. Die verbesserten Altersteilzeitregelungen befinden sich erst in der Anlaufphase, so dass sich deren Kosteneffekte vermutlich zunächst noch in Grenzen halten werden.

Bei der vereinbarten Altersvorsorge vermengen sich immer stärker Jahressonderzahlungen, vermögenswirksame Leistungen und betriebliche Altersvorsorge. So haben die Arbeitnehmer in der chemischen Industrie bereits 1999 das Recht, vermögenswirksame Leistungen für die betriebliche Altersvorsorge zu nutzen. Ab 2001 werden die Leistungen um 264 DM pro Jahr erhöht. Bietet der Betrieb keine Altersvorsorge an, muss er das Urlaubsgeld um diesen Betrag aufstocken. Ähnliche Regelungen gibt es in der Bauindustrie. Bereits seit dem Frühjahr 2000 zahlt der Großhandel für die betriebliche Altersvorsorge zusätzlich 312 DM pro Jahr und ab April 2001 gewährt der Einzelhandel monatlich zusätzlich 20 DM, wenn dieser Betrag für die Altersvorsorge genutzt wird. In der Metall- und Elektroindustrie werden im Mai 2001 auch in den neuen Bundesländern vermögenswirksame Leistungen tarifvertraglich eingeführt. Zunächst werden 26 DM im Monat gezahlt, ab 2005 die gleichen Beträge (52 DM pro Monat) wie im Westen.

April 2001  
Schröder

Christoph

\*\*\*

## **Non-Wage Labour Costs in Germany**

In 2000, non-wage labour costs in the western German industry amounted to 42,060 DM per employee. The ratio between these costs and direct earnings fell by 0.3 percentage points to 81.3 per cent because of a reduction in social security contributions. Rising costs for private pension schemes and extra payments could reverse this trend in 2001, however. In the service sector the ratio was 81 per cent but varied between 102.6 per cent in banking and 69.4 per cent in wholesale trade. In eastern Germany industrial non-wage labour costs totaled 24,650 DM per employee. The ratio (68.2 per cent) remained almost unchanged. Between 1992 and 2000, non-wage labour costs rose by 49 per cent in the eastern and 25 per cent in the western German industry. The different growth rate had little effect on the gap between the ratios, however. It stays at 13 to 14 percentage points because of vast differences in bonus payments and occupational pension schemes.

*iw-focus*